

Beim Mittelstand einfach mal vorbeikommen

Zum Artikel „Berufsausbildung bei BMW“ vom 30. Juni:

Wenn große Unternehmen wie ein bayerischer Motorenbauer gut gefüllte Auftragsbücher haben und Auszubildende suchen, dann ist das sehr erfreulich. Wir dürfen aber nicht vergessen, dass die kleinen und mittelständischen Unternehmen das Rückgrat des wirtschaftlichen Erfolgs unserer Region sind. BMW kann mit großem Medienecho einen Tag der offenen Tür veranstalten, aber bei unseren kleinen und mittleren Betrieben ist jeden Tag Tag der offenen Tür. Ich lade alle jungen Menschen, die überlegen, eine Ausbildung zu machen, ein, einfach mal beim Mittelstand vorbeizukommen.

Viele der Mitgliedsunternehmen des Verbandes Werteorientierter Mittelstand (WEMID) suchen händelnd nach motivierten Azubis. Alle Unternehmen, die bei uns Mitglied sind, leben im Betrieb ein werteorientiertes und kollegiales Miteinander. Ich bin mir sicher, dass unsere Mittelständler einiges zu bieten haben. Gerne können sich interessierte junge Menschen beim Verband melden, wir helfen dann weiter.

Marco Altinger
Präsident

Bundesverband Werteorientierter Mittelstand Deutschland (WEMID)
84030 Landshut

Entscheidungen nach Gutsherrenart

Zum Artikel „Abgeordnete sollen bei Ehe für alle nur Gewissen folgen“ vom 28. Juni:

Wenn die Mehrheit im Bundestag so bestimmt, ist es mir persönlich wurscht, solange damit Familien mit Vater, Mutter und Kindern keinen Schaden nehmen. Aber die damit zusammenhängende Äußerung Merkels finde ich furchterregend, ja als Todesstoß für unsere bereits angeschlagene Demokratie.

Bemerkung: „Merkel gibt Abstimmung frei, Merkel hebt (in diesem Fall) Fraktionszwang auf und entbindet die Abgeordneten von den sonst vorgegebenen Linien.“ Das bedeutet, die Abgeordneten entscheiden ansonst grundgesetzwidrig, nicht nach ihrem freien Willen und Gewissen, sondern dem „Parteiwissen“ entsprechend.

Die deutsche Politik ist also nur noch eine „One Woman Show“ (...). Im Prinzip entscheidet Merkel alleine mit ihren willigen Helfern (...) nach Gutsherrenart, grundgesetzwidrig, vertragsbrüchig (Maas-

trichter Verträge) über Bankenprofitierung in Milliardenhöhe, illegale, völkerrechtswidrige Kriegseinsätze ohne UN-Mandat mit verheerenden Folgen, über illegale Zuwanderung, genannt Flucht in die EU, von Millionen Menschen aus den Armutsländern Afrikas und Asiens, ohne Rücksicht auf die deutsche Bevölkerung.

Da erwartet die politische Elite immer noch Vertrauen in unsere sogenannte Demokratie, redet von sozialer Gerechtigkeit, wobei sogar Martin Schulz in Bezug auf Merkel schon von einem Anschlag auf die Demokratie (...) spricht. Diese „Elite“ versucht uns einzureden, wir sollen sie wählen, weil sie alternativlos die Besten sind – eine Beleidigung für die Intelligenz politisch aufgeklärter Menschen.

Hoffentlich schafft es die Alternative für Deutschland mit mindestens fünf Prozent in den Bundestag, damit wenigstens eine kleine Opposition demokratisch für Recht und Ordnung Zeichen setzt. Meine Stimme bekommt sie.

Sepp Schandl
84149 Velden

Die taktischen Mätzchen der Angela Merkel

Zum Kommentar „Punktsieg für Taktikerin der Macht“ von Martin Ferber vom 28. Juni:

Angela Merkel hält also ein Plauderstündchen ab und parliert, als ob es um Teegebäck, die neue Herbstmode oder um ihr aktuelles Smartphone ginge, darüber, dass sie (über Nacht?) ihre Meinung über die „Ehe für alle“ geändert habe. Der Kommentator dieser Zeitung, Martin Ferber, bezeichnet dies als nahezu geniale taktische Meisterleistung.

Nur: Es ging Angela Merkel mit Sicherheit nicht um das Wohl von Menschen, die in einer gleichgeschlechtlichen Partnerschaft leben wollen, was sie übrigens auch heute schon können. Es war schlicht Ausdruck hemmungsloser Machtgier. Dankenswerterweise bezeichnet Martin Ferber die taktischen Mätzchen der Angela Merkel als Skrupellosigkeit.

Und auf einmal entdeckt Frau Merkel das Gewissen der Abgeordneten – bisher hatte es den Anschein, als sei das nicht eines ihrer größten Probleme. Gemeinhin bezeichnet man derartiges Verhalten als Scheinheiligkeit. Man ist geneigt, dem Teilnehmer der Internetdiskussion einer großen süddeutschen Zeitung zuzustimmen, der Frau Merkel als „ethisch völlig haltlos“ beschrieb.

Es ist Wahlkampf. Das entschuldigt niemanden. Herrn Schulz nicht. Und Frau Merkel auch nicht.

Reinhard Rudolf Reiter
84028 Landshut

Wer fragt ein Kind, wo es lieber aufwachsen will?

Zum Artikel „Bundestag öffnet Ehe mit klarer Mehrheit für Homosexuelle“ vom 1. Juli:

Eine Frau ist anders als ein Mann. Eine Mutter anders als ein Vater! Wer fragt ein kleines Kind, wo es lieber aufwachsen würde? Bei zwei Männern, zwei Frauen oder einem Ehepaar? Gotthard Baumann
94333 Geiselhöring/Pönnig

Für die Union geht es um die Glaubwürdigkeit

Zum selben Artikel:

Der Bundestag hat sich am 30. Juni im Eilverfahren – es wurde nicht einmal eine Stunde diskutiert – eindeutig mit 393 gegen 226 Stimmen für die sogenannte „Ehe für alle“ ausgesprochen. Also können in Zukunft Schwule und Lesben wie Männer und Frauen heiraten und Kinder adoptieren.

Mehr als erstaunlich, ja ärgerlich, ist für viele CSU-Mitglieder, dass 75

Abgeordnete, also fast 25 Prozent der Unionsabgeordneten, für den Antrag von SPD, Grünen und Linken stimmten. Wissen diese Abgeordneten denn nicht, oder ist es ihnen egal, dass es laut Bibel (Schöpfungsbericht, Worte Jesu) nur die Ehe zwischen Mann und Frau gibt, die auf Kinder ausgerichtet ist? Sie gehören doch CDU und CSU an, wobei das „C“ für „christlich“ steht! Nicht eine einzige Person wird diskriminiert, wenn ihr die Ehe und das Adoptionsrecht verweigert werden, weil sie schwul oder lesbisch ist.

Es gibt eine Reihe von Rechtsexperten, auch aus der Union, die für die oben genannte Entscheidung eine Zweidrittelmehrheit des Bundestages forderten (zum Beispiel die Abgeordneten Krings, Sensburg). Selbst Bundesjustizminister Maas (SPD) vertrat diese Auffassung noch 2014. Auch der bayerische Justizminister Bausback äußerte Bedenken gegen die einfache Mehrheit. Es wäre also nur logisch, wenn die Unionsfraktion oder/und die Bayerische Staatsregierung Klage beim Bundesverfassungsgericht und den Antrag auf eine einstweilige Anordnung (bis zur Hauptentscheidung des BVerfG) einreichten. Sonst verlieren die Unionsparteien zum Teil ihre Glaubwürdigkeit bei vielen Wählern und auch bei Parteimitgliedern. Verwunderlich ist auch, dass der von mir geschätzte CSU-Vorsitzende, Ministerpräsident Horst Seehofer, sich für die Adoption von Kindern durch gleichgeschlechtliche Paare ausgesprochen hat.

Rudolf Lichtinger
94315 Straubing

Ein seit Jahrhunderten bewährter Status

Zum selben Artikel:

Nun ist es geschehen. Eine Mehrheit des Bundestages sprach sich für die Ehe für alle aus. Erstaunlich ist, wie viele Abgeordnete, die das „C“ im Namen ihrer Partei führen, dem zustimmten. Diese Abstimmung war gegen den Artikel 6 des Grundgesetzes, der die Ehe und die Familie unter den besonderen Schutz des Staates stellt, und gegen das Urteil des Bundesverfassungsgerichts von 2014, das damals aussagte, dass Ehe die Verbindung von Mann und Frau ist. Hier wurde ein weltweit seit Jahrhunderten bewährter Status, ein Grundsatz im Zusammenleben der Menschen, zum Bundestag hinausgekehrt.

Religiöse, ethische und vor allem biologische Regeln sind außer Kraft gesetzt worden, weil vor allem selbst betroffene Abgeordnete Interesse an einer Änderung haben; und weil eine Partei meint, der Opposition „Wind aus den Segeln“ und einige Wähler abnehmen zu können. Es ging hier weniger um Ethik und Moral, sondern vorwiegend um handfeste materielle Vorteile. (...)

Ich hoffe, dass es entschlossene Bürger und Juristen gibt, die beim Bundesverfassungsgericht gegen dieses Gesetz klagen.

Hasso R. O. Trapp
ehemaliger Diakon
und Sozialarbeiter
94371 Rattenberg

Wahltaktische Ränkespiele der Politiker

Zum selben Artikel und zum Leitartikel „Reingelegt“ von Dr. Gerald Schneider vom 1. Juli:

Wenn ein Jugendamt sage, einem Kind geht es viel besser in einer gleichgeschlechtlichen Lebensgemeinschaft, als wenn leider bei Vater und Mutter zu Hause Gewalt ausgeübt wird, dann müsse sie das doch positiv zur Kenntnis nehmen und in ihre Urteilsbildung mit aufnehmen, sagte Kanzlerin Angela Merkel (CDU) im Gespräch mit der Frauenzeitschrift *Brigitte*. Sie wünsche sich für die sehr individuelle Frage nach der „Ehe für alle“ mit vollem Adoptionsrecht eine Diskussion, die „eher in Richtung einer

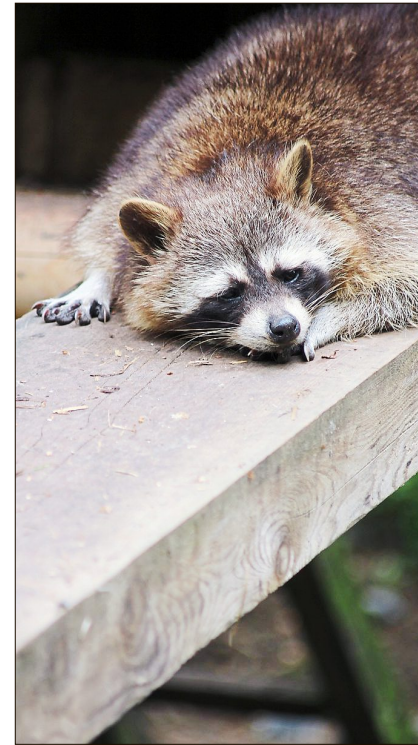
Gewissensentscheidung geht“. Die Deutsche Presse-Agentur gab umgehend eine Eilmeldung heraus: Merkel rückt vom Nein der CDU zur Ehe für alle ab. Das politische Berlin begann zu beben.

Die Nachricht landete auch auf den Mobiltelefonen der SPD-Führung und die Herren Schulz, Gabriel und Oppermann witterten eine Chance, die Partei wieder nach vorne zu bringen. Im Bundestag gebe es schon seit Längerem eine Mehrheit für die Ehe für alle, meinte SPD-Fraktionschef Thomas Oppermann. „Eine Abstimmung über die völlige Gleichstellung homosexueller Paare mit Adoptionsrecht ist vielleicht nicht gut für die große Koalition von Union und SPD – aber gut für die Menschen.“ (...)

Mit den Stimmen von SPD, Grünen und Linken sowie 75 Unions-Abgeordneten wurde nun das Gesetz beschlossen. Angela Merkel selbst stimmte dagegen, wie sie nach der Abstimmung im Bundestag sagte. Eine Ehe sei für sie laut Grundgesetz Mann und Frau vorbehalten. Eine Lockerung beim Adoptionsrecht befürwortete sie aber. (Auf den ersten Blick eine durchaus widersprüchliche Position.) Für die konservative Kernklientel der Union jedenfalls wird es langsam eng. Unter Merkel als Parteivorsitzender hat die CDU schon mehrere Positionen geräumt, für die es in der Gesellschaft keine Mehrheit mehr gab, wie etwa das Festhalten an der Atomenergie und der Wehrpflicht. So galt vielen das Nein für die Ehe für alle als letzte Bastion eines christlichen Konservatismus. Zudem sehen viele Konservative in der Homo-Ehe den ultimativen Durchbruch des Gender-Wahnsinns.

Man darf gespannt sein, wie die Wähler diese wahltaktischen Ränkespiele der agierenden Politiker bewerten. Spätestens nach der nächsten Bundestagswahl wird man dann sehen, wer von wem „reingelegt“ wurde.

Dieter Mittermeier
84032 Altdorf



HEUTE KEIN WASCHTAG. (Foto: loh)

Eine wirtschaftliche Unverständlichkeit

Zum Artikel „EU einig bei Verteidigung und Russlandsanktionen“ vom 23. Juni:

Unsere Kanzlerin Angela Merkel (CDU) und ihre EU-Kollegen beschlossen beim Gipfel den Ausbau der militärischen Zusammenarbeit, neue Rüstungsprojekte und eine Verlängerung des wirtschaftlichen Russlandembargos. Objektiv betrachtet macht das alles kaum Sinn. Militärisch gesehen ist die EU eingebunden in die von den USA dominierte Nato, die stärkste, überdimensionierte, globale Militärmacht, welche wirklich keiner Erweiterung bedarf. Eine weitere Verlängerung des Embargos ist ebenfalls unnötig, überflüssig sowie eine wirtschaftliche Unverständlichkeit, welche Putin nie zum Einlenken bringt, aber der EU bisher 60 Milliarden Euro

Exportverlust bescherte und eine Brüsseler Stütze von 165 Millionen Euro für unsere Bauern erforderlich machte. Horst Seehofer hat schon mit drei Besuchen bei Putin zum Ausdruck gebracht, was er von diesen Sanktionen hält.

Unsere Kanzlerin betont ständig, wie notwendig Freihandel, Wirtschaftsverträge und dergleichen sind, aber hier wird aus rein unnützer politischer Ideologie Schaden produziert. Gerade jetzt, wo US-Präsident Donald Trump zur Stützung seines Landes mit Zollerhöhungen einen anderen Wirtschaftskurs fährt, um unsere Exporte nach Übersee einzudämmen, zerstört die EU die wirtschaftlichen Verbindungen zu Russland (...). Mit dem dauernden Verlängern der Sanktionen wird dieser Markt wegbrechen und verloren sein. Schon Kohl-Berater Horst Teltschik hat auf die Notwendigkeit einer guten wirtschaftlichen Beziehung zu Russland mit dem eurasischen Wirtschaftsraum hingewiesen und eine Vereinbarung angestrebt, aber Frau Merkel hat stets den transatlantischen Verbindungen den Vorzug gegeben. Lassen wir uns mal überraschen, was die Politik Trumps noch alles bringt.

Die Ungeduld unserer Landwirte wächst, sie fordern ein Ende der Sanktionen. Ebenso der Bauernverband. So eine Entscheidung unserer Kanzlerin vor der Bundestagswahl zeugt von Mut, Sicherheit und Unverfrorenheit gegenüber dem Volk und den Wählern.

Rudolf P. Empl
84137 Vilsbiburg

Ein offenkundiges Staats- und Politikversagen

Zum Artikel „Staatsversagen oder reine VW-Affäre“ und zum Kommentar „Realistische Prüfbedingungen“ von Martin Ferber vom 22. Juni:

Es stellt sehr wohl ein ganz offenkundiges Staats- und Politikversagen dar, wenn Teile der Autoindustrie unter den Augen von Politik(ern), Ministerien und Behörden jahrelang unbehelligt einen massiven Abgas- und Treibstoffverbrauchswerte-Schwindel betreiben können. Was sonst. Und das Staats- und Politikversagen setzt sich darin in skandalöser Weise fort, dass Politik, Bundesregierung und die in ihrem Auftrag handelnden Behörden nun keinen Schadenersatz für die der Allgemeinheit entstandenen Umwelt- und Gesundheitsschäden einfordern und eintreiben.

Das Prinzip vieler Konzerne „Gewinne privatisieren, Schäden und Kosten sozialisieren“ hat sich schon bisher schlimm genug ausgewirkt – nun lässt man es sogar noch für das mit hoher Kriminalität illegal Verdiente durchgehen. Und bürdet die Lasten der Allgemeinheit auf. Statt die Schuldigen zur Kasse zu bitten und die Erlöse aus zu verhängenden hohen Bußgeldern, Schadenersatz und Gewinnabschöpfung für die dringend gebotene Erfüllung von Staatsaufgaben einzusetzen. Während immer dann, wenn es um Maßnahmen für höhere ökologisch-soziale Nachhaltigkeit geht, angeblich kein Geld da ist: Sei es für vernünftige Radverkehrs- sowie Bahn-Infrastruktur mit barrierefreien Bahnhofsneubauten, Fernverkehrs-Grundangebot für alle Oberzentren, bessere Pflege-Personalschlüssel und gentechnik- und giftfreie Bio-Verpflegung in Kliniken, Schulen oder Kindergärten bis hin zur energetischen Sanierung von öffentlichen Gebäuden.

Von den Schadensverursachern nicht zu holen, was des Staates, also der Allgemeinheit ist, tendiert in Richtung Untreue zulasten des Gemeinwohls beziehungsweise vieler Staatsbürger, denen durch die damit verbundene illegale Schadstofffreisetzung und den verschleierte überhöhten Treibstoffverbrauch Umwelt- und Gesundheitsschäden zugefügt wurden. (...)

Johann Meindorfer
Arbeitskreis Ostbayern
Verkehrsklub Deutschland (VCD)
94315 Straubing

Leserbriefe sollen kurz und prägnant gehalten sein und sich auf sachliche Weise mit den Inhalten unserer Zeitung auseinandersetzen. Bitte geben Sie den Artikel samt Erscheinungsdatum oder den Themenbereich an, auf den sich Ihr Brief bezieht. Zur Bearbeitung benötigen wir ferner Ihren Namen, Ihre Adresse und Ihre Telefonnummer. Die Redaktion behält sich das Recht auf eine sinnwahrende Kürzung vor. Die Aussagen des Verfassers spiegeln nicht die Meinung der Redaktion wider. Die Redaktion hat die inhaltlichen Aussagen nicht überprüft, diese liegen in der Verantwortung des Autors. Der Verfasser hat keinen Rechtsanspruch auf Veröffentlichung seiner Zuschrift. Texte, die ihrem Inhalt nach mit Pressemitteilungen von Parteien, Verbänden und Vereinen gleichzusetzen sind, werden auf der Seite „Politische Leserbriefe“ nicht berücksichtigt.

Ihre Leserbriefe können Sie an Straubinger Tagblatt, Politische Leserbriefe, Ludwigswaldplatz 32, 94315 Straubing oder an leserbriefe@idowa.de schicken.